Zusammenfassungen der Einzelbeiträge

1.1. Sind wir Mit-Krieger? Deutschlands Verantwortung für den Frieden (Corinna Hauswedell)

Guter Rat für Frieden ist heute teurer, als es das Auswärtige Amt mit seinem Reviewprozess 2014 intendiert hatte. Der Ruf nach mehr deutscher „Verantwortung“ in der internationalen Politik erhielt im Krisen- und Kriegsjahr mit dem Verhandlungsmarathon in der Ukrainekrise einerseits und der Militärhilfe für die Anti-IS-Koalition andererseits sehr unterschiedliche Antworten. Die Verantwortungsdiskurse bei Georg Picht, Max Weber, Hans Jonas und Ulrich Beck bieten normative und politische Orientierungen, um Interessenwahrung und Sicherheit als gemeinsame globale Aufgaben der Staaten und Gesellschaften zu verstehen. Deutschland muss seine Rolle dabei mit einem klaren Primat vorsorgender, ziviler Außenpolitik definieren: bei der Vermittlung in Krisen, bei der Umsetzung der Sustainable Development Goals sowie bei der Einhegung militärischer Gewalt.

1.2. Deutsche Verantwortung für den Frieden in Europa – das Beispiel der Ukraine (Wolfgang Zellner)

Der Krieg in der Ukraine zwang die Bundesregierung, schneller als erwartet Verantwortung für den Frieden in Europa zu übernehmen. Die Ukrainekrise ist Ausdruck einer grundlegenden Verschlechterung des Verhältnisses zwischen dem Westen und Russland, das nun auch offen militärische Gewalt zur Erreichung seiner außenpolitischen Ziele einsetzt. Dafür gibt es innenpolitische Gründe, Herrschaftserhalt durch gesteigerten Nationalismus, und außenpolitische Motive, die gescheiterte Integration Russlands in westliche Strukturen, die im Fall der Ukraine zusammenwirken. Dagegen setzen die EU- und NATO-Staaten vorwiegend auf eine asymmetrische Strategie, die militärische Antworten geringer bewertet und stärker auf Sanktionen setzt. Zu einer mittelfristigen Stabilisierung der Lage gehören Deeskalierung sowie pragmatische Regeln für den Umgang mit Streitkräften, Konflikten und Wirtschaftsbeziehungen.

1.3. Deutschland, Europa und die IS-Kämpfer – vom Einsperren und Ausweisen (Martin Kahl)

Islamisten, die nach Syrien oder in den Irak gereist sind, sorgen in ihren Heimatländern für erhebliche Unruhe. Politiker und Sicherheitsbehörden befürchten, dass die „ausländischen Kämpfer“ nach ihrer Rückkehr Anschläge verüben könnten. Darüber, wie man mit den Rückkehrern umgehen sollte, sind sie sich jedoch uneinig. Patentrezepte gibt es tatsächlich nicht. Das mahnt vor allem zu einem: einer zurückhaltenden Politik, die versucht, durch eine differenzierte Herangehensweise unerwünschte Folgen des eigenen Handelns zu vermeiden und auf Dramatisierungen verzichtet. Nur so bietet sich die Chance, dass alle Wege zur Verminderung des Risikos durch die *foreign fighters* politisch gangbar bleiben und dass auf Deradikalisierung und Reintegration zielende Maßnahmen nicht durch eine Politik, die auf Verdächtigung, Kriminalisierung und Bestrafung beruht, erschwert werden.

1.4. Humanitäre militärische Interventionen 1946-2014. Annäherungen an ein umstrittenes Thema (Matthias Dembinski und Thorsten Gromes)

Humanitäre militärische Interventionen zählen zu den friedenspolitisch brisantesten Themen, doch sind sie systematisch kaum erforscht. Der in dem Beitrag vorgestellte Datensatz soll solche Forschungen anregen. Er listet 43 derartige Einsätze seit 1946 auf, davon 35 nach Ende des Ost-West-Konflikts. In fast einem Drittel der Fälle endete die Gewaltlage innerhalb eines Jahres nach Beginn der Intervention. Von den Fällen, in denen die Gewalt andauerte, wiesen neun einen deutlichen Rückgang der Gewalt auf. Damit ist die Annahme widerlegt, diese Interventionen verschlimmerten stets die Konflikte. Zugleich sind unsere vorläufigen Daten nicht im Sinne einer Befürwortung humanitärer militärischer Interventionen zu lesen, weil sie nur Korrelationen berichten, nicht aber Wirkungen nachweisen.

1.5. Verantwortung durch Ertüchtigung? Ausbildungshilfe und Waffenlieferungen als Mittel deutscher Außenpolitik (Marc von Boemcken)

Das Konzept der „Ertüchtigung“ ausländischer Sicherheitskräfte durch Ausbildung und Waffenlieferungen taucht zunehmend in Strategiepapieren der Bundesregierung auf und beeinflusst ihr außen- und sicherheitspolitisches Handeln. Drei unterschiedliche Formen der „Ertüchtigung“ können voneinander unterschieden werden: 1.) die Ertüchtigung fragiler Staaten; 2.) die Ertüchtigung von „Gestaltungsmächten“ und „Sicherheitspartnern“; 3.) die Ertüchtigung nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen. Alle drei Strategien sind kritisch zu bewerten, deuten sie doch auf eine möglicherweise bevorstehende Normalisierung von Waffenlieferungen und Ausbildungshilfe als Mittel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik hin. Unabhängig vom Empfänger kann „Ertüchtigung“ kein Muster für verantwortungsvolle Politik in Krisen- und Kriegsgebieten sein.

1.6. Chance für eine Neuausrichtung: die Bundesregierung und private Sicherheits- und Militärdienste (Elke Krahmann)

Die Nutzung von Privaten Militär- und Sicherheitsfirmen (PMSF) in deutschen Auslandsmissionen und deren immer noch fehlende nationale Regulierung sind umstritten. Dennoch vermeidet es die Bundesregierung seit Jahren, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen. Dabei belegen Erfahrungen aus Irak und Afghanistan die möglichen Risiken einer Zusammenarbeit mit PMSF – von Korruption bis Menschenrechtsverstößen. Wenn Deutschland international Verantwortung zeigen will, dann sollte die Bundesregierung diesen Problemen proaktiv entgegenreten. Dafür braucht Deutschland klare Regeln, die festlegen, welche Aufgaben dem Militär überlassen bleiben müssen eine systematische Untersuchung der Vor- und Nachteile einer Zusammenarbeit mit PMSF und eine staatliche Regulierung von deutschen PMSF im In- und Ausland.

1.7. Von der Revolution zur stabilen Demokratie: ein Plädoyer für zivile Demokratieförderung (Markus Bayer, Felix S. Bethke und Daniel Lambach)

Angesichts der aktuellen Lage in Afghanistan und dem Irak scheint Skepsis angebracht, ob sich Demokratie und Frieden durch externe militärische Interventionen installieren und dauerhaft konsolidieren lassen. Aufbauend auf aktuellen Forschungsergebnissen zu Widerstandsbewegungen und Demokratisierung entwickelt der Artikel ein Plädoyer für zivile Demokratieförderung. Zwei empirische Befunde aus historisch-vergleichenden Studien dienen dabei als Grundlage der Argumentation: Erstens führen friedliche Widerstandsbewegungen mit höherer Wahrscheinlichkeit als gewaltsame Rebellionen zum Sturz von Diktatoren. Zweitens erweisen sich Demokratien, die aus friedlichen Widerstandsbewegungen entstanden sind, als stabiler und langlebiger als solche, die aus gewaltsamem Widerstand entstanden oder von den autokratischen Eliten selbst initiiert wurden.

1.8. Friedensförderung im Spannungsfeld zwischen Geschlechtergerechtigkeit und lokalen Differenzen (Simone Wisotzki)

Geschlechterperspektiven sind zu einem festen Bestandteil von UN-Peacekeeping und Friedensförderung geworden. UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden, Sicherheit“ ist ein wichtiger Meilenstein auf der normativen Ebene. Die Kriegsrealität Syriens zeigt aber ein anderes Bild des bewaffneten Konflikts, in dem sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen selbst in Flüchtlingslagern angewandt wird. Im Irak wird deutlich, dass solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch in Post-Konfliktphasen stattfinden. Der Beitrag beschäftigt sich mit dem Spannungsfeld, das entsteht, wenn geschlechtersensible Programme der Friedensförderung auf lokalen Widerstand treffen. Frauenmensenrechte werden in UN-Programmen häufig mit Teilnahmerechten gleichgesetzt. Dabei werden strukturelle Ursachen von Ungleichheit und Ungerechtigkeit übersehen, die solche Gewaltformen befördern.

1.9. Prävention – ein Plädoyer für mehr Realitätsbezug (Angelika Spelten)

Die Forderung nach mehr Prävention, die angesichts zahlreicher Konflikte weltweit formuliert wird, nährt falsche Erwartungen der Vermeidbarkeit von Gewalt und Leid und lenkt von der Herausforderung ab, Handlungsoptionen für aktuelle Krisen zu entwickeln. Aus diesem Grund müssen die Ziele und Erwartungen präventiver Politik realistischer definiert und an die Herausforderungen der globalisierten Konfliktpotenziale und Verschiebungen der machtpolitischen Konstellation angepasst werden. Dabei ist auch anzuerkennen, dass die Weltgemeinschaft bei Prävention und Friedensförderung bereits jetzt an ihre Kapazitätsgrenzen stößt. Angesichts dessen ist es erforderlich, regionale Prioritäten zu setzen, Kapazitäten für kurzfristige Krisendeeskalation zu stärken und den Dialog auch mit den neuen nichtstaatlichen Machtspielern und der Zivilgesellschaft zu suchen.

1.10. Globale Verantwortung: von der Entwicklungszusammenarbeit zur Weltgemeinwohlpolitik? (Lothar Brock)

Die Zuspitzung des weltweiten Krisengeschehens birgt die Gefahr, dass Politikfelder, die auf mittel- bis langfristige Veränderungen zielen, gegenüber direkten Reaktionsmöglichkeiten an Bedeutung verlieren – etwa die Entwicklungs- und die Umweltpolitik. Sie sollen – aufbauend auf den Erfahrungen der jetzt auslaufenden Millennium Development Goals – im „Entwicklungsjahr“ 2015 in einer globalen Post-2015-Agenda zusammengeführt werden. Die Bedeutung der Agenda hängt davon ab, ob strategisch wichtige Länder sie unterstützen. Die Bundesregierung bekennt sich zur Post-2015-Agenda und zur Aufnahme eines Friedenszieles in die Agenda. Eine wirksame Unterstützung bedarf jedoch einer Verankerung des neuen Politikfeldes in der Gesamtpolitik, die über die Forderung von mehr Kohärenz hinausgeht und Zielkonflikte in der deutschen Politik bearbeitet.

2.1. Der „Islamische Staat“ – Auseinandersetzungen um den Charakter von Staatlichkeit in der MENA-Region (Jochen Hippler)

Der „Arabische Frühling“ setzte einen tiefgreifenden Wandlungsprozess in Gang, der auf die Veränderung der staatlichen Strukturen zielte. Als die Gegenkräfte sich mit Gewalt zur Wehr setzten, kam es in einer Reihe von Ländern zur Schwächung statt Reform von Staatlichkeit und zu gesellschaftlicher Fragmentierung und z.T. Polarisierung. Das so entstehende politische Vakuum nutzten dschihadistische Gruppen, die zuvor an den Rand gedrängt worden waren. Sie konnten mit zuerst noch schwachen Kräften beträchtliche Macht- und Geländegewinne erzielen, insbesondere der Islamische Staat (IS). Sein Aufstieg ist nicht primär durch religiöse Faktoren, sondern die Schwäche von Staatlichkeit zu erklären, der er sein eigenes Modell von Staatsbildung gegenüberstellte. Mit Luftangriffen lässt sich der IS daher nur kurzfristig begrenzen, nicht aber langfristig bekämpfen.

2.2. Die jungen Wilden der Ummah. Heroische Geschlechterkonstruktionen im Jihadismus (Susanne Schröter)

Eine wachsende Zahl muslimischer Jugendlicher in westlichen Ländern bekennt sich zum Salafismus und damit zu einer normativen Ordnung, die sich als Gegenmodell zu Demokratie und Menschenrechten versteht. An die Stelle der Gleichberechtigung der Geschlechter setzen sie männliche Dominanz, allgemeine Geschlechtertrennung sowie umfassende Kontrolle der Sexualität. Männern und Frauen werden klar voneinander abgrenzbare Handlungsfelder zugewiesen. Experimentierfeld ist der Islamische Staat (IS) im Irak und in Syrien. Junge Männer und Frauen, die den IS aktiv unterstützen oder dorthin auswandern, heroisieren und romantisieren die islamistischen Gendervorstellungen, die an den Koran und die islamischen Überlieferungen aus dem 7. Jh. angelehnt werden und nutzen sie als persönliches Instrument des Empowerment und als Sinngebung in einer unübersichtlich gewordenen Welt.

2.3. *Der Nahe Osten auf dem Weg zur Gründung eines Kurdenstaates?*
(Burak Çopur)

Die Interessen der Kurden spielten im 20. Jh. eine geringe Rolle in der internationalen Politik. 100 Jahre später haben sich die regionalpolitischen Parameter des Westens zugunsten der Kurden im Nahen Osten verändert. Durch die Gefahr von islamistischen Bewegungen scheinen die Kurden zu wichtigen Kooperationspartnern des Westens aufzusteigen. Denn die Kurden sind heute ein Vorbild und zugleich Bollwerk im Kampf gegen dschihadistische Gruppen. Damit kehren sie im 21. Jh. nicht nur als ernstzunehmender Akteur in die internationale Politik zurück, sondern könnten auch langfristig zu den Gewinnern des Arabischen Frühlings gehören. Die Gründung eines eigenständigen kurdischen Staates ist vorerst nicht in Sicht, auch wenn sich die aktuelle Situation der Kurden – so unterschiedlich sie innerhalb der Region ist – im Vergleich zur Vergangenheit deutlich verbessert hat.

2.4. *Im Schatten Israels: Staatsbildung in Palästina jenseits von Oslo*
(Margret Johannsen)

Anstatt sich von der Zustimmung Israels zu einem Staat Palästina abhängig zu machen, verfolgen die Palästinenser eigene Wege zur nationalen Selbstbestimmung: Auf dem Weg von einer bewaffneten Befreiungsbewegung zu einer an politischer Rechenschaftspflicht orientierten Organisation hat Hamas im Gazastreifen einen Quasistaat aufgebaut, ist aber im Gazakrieg 2014 an dieser selbstgestellten Aufgabe vorerst gescheitert. In den A- und B-Zonen der Westbank hat die Palästinensische Autonomiebehörde die für ein funktionierendes Staatswesen erforderlichen Institutionen aufgebaut. Auf dieser Basis hat sie sich über die UNO auf den Weg zur völkerrechtlichen Anerkennung des Staates Palästina gemacht. Von entscheidender Bedeutung für den Erfolg dieses Bemühens sind die Überwindung der innerpalästinensischen politischen Spaltung und das Funktionieren einer demokratisch legitimierten Einheitsregierung.

2.5. *Die Ebola-Epidemie als Herausforderung für staatliches und internationales Handeln: Diagnose und Lehren* (Cornelia Ulbert)

Nie zuvor haben sich Ebola-Infektionen derartig weiträumig verbreitet und zu so vielen Todesopfern geführt wie bei der gegenwärtigen Epidemie in Westafrika. Die ohnehin schwachen Gesundheitssysteme der hauptsächlich betroffenen Länder Guinea, Liberia und Sierra Leone waren auf diese Infektionswelle nicht vorbereitet. Nach langer Untätigkeit kamen konzertierte internationale Hilfsmaßnahmen erst in Gang, als der UN-Sicherheitsrat die Ebola-Epidemie zu einer Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit erklärte und eine UN-Mission zur Ebola-Bekämpfung einsetzte. Diese Vorgehensweise kann aber kein Zukunftsmodell für die Bearbeitung von Gesundheitskrisen sein. Ziel muss es sein, die Strukturen globaler Gesundheitspolitik zu reformieren und die Bedeutung von Gesundheit für die Erreichung nachhaltiger Entwicklungsziele ernst zu nehmen.